

„Feindbild des ‚Zigeuners‘ ist weiter am Leben“

Ein Gespräch über Antiziganismus im Allgemeinen und in Hameln im Besonderen

Nach dem Antiziganismus-Fall bei der Wohnungsgenossenschaft Hameln, in dem einer Sin-tizza Wohnungsangebote mit der Begründung „leichter Zigeu-ner einschlag“ verwehrt werden sollten, hat die WGH Schritte eingeleitet, Diskriminierung wie diese künftig zu vermeiden. Aber reicht das? Oder braucht es auch außerhalb der WGH Maßnahmen, um den Vorurteilen gegen Sinti oder Roma entgegenzuwirken? Ein Gespräch mit Tobias Neuburger von dem Projekt „Kompetent gegen Antiziganismus/Antiromaismus“ der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in Celle.

Einer Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zufolge wird in Deutschland keine Minderheit stärker abgelehnt als Sinti oder Roma. Hamelner Sinti beklagen schon lange, es bei der Wohnungssuche schwer zu haben. Wie schützen Sie vor diesem Hintergrund den Antiziganismusfall-Fall bei der WGH ein – nur ein Einzelfall oder die Spitze des Eisberges?

Sinti bereits seit Jahren über Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche berichten, deckt sich mit Erfahrungen und Berichten von Selbstorganisationen der Sinti und Roma auch aus anderen Städten.

Der Vorstand der WGH hat nach Bekanntwerden des Falles ein Prüfungsverfahren eingeleitet und eigenen Angaben zufolge selbst alle vorliegenden 800 bis 900 Wohnungsgesuche auf diskriminierende Vermerke untersucht mit dem Ergebnis, dass keine weiteren vergleichbaren Einträge gefunden worden sein sollen. Daraufhin wurde das Prüfungsverfahren kritisiert: Es sei naheliegend, dass die Vorstandsmitglieder, die die Prüfung durchführten, ein Interesse daran hätten, den Ruf des Unternehmens zu wahren. Hätte die WGH einen unabhängigen Dritten für die Prüfung hinzuziehen sollen?

Sicherlich hätte man mit einer Prüfung der Wohnungsgesuche durch Dritte der Kritik am Prüfungsverfahren entgegenwirken können. Eine Wohnungsgenossenschaft, die Toleranz und eine offene, respektvolle Kommunikation in ihrem Leitbild verankert hat, sollte alles daran setzen, transparent aufzuklären. Aber es ist auch kein überraschendes Ergebnis, dass die Durchsicht der Wohnungsgesuche keine weiteren diskriminierenden Vermerke zutagegefordert hat. Das heißt aber nicht, dass es keine weiteren Fälle von Diskriminierung gegeben haben muss. Es kann auch ein Indiz dafür sein, dass die Diskriminierung auf einer informellen Ebene stattfindet. Denn institutionelle Diskriminierung vollzieht sich in der Regel auf subtiler Ebene, ist in informellen Regeln und Handlungsroutinen begründet und daher im Einzelfall auch schwer nachweisbar. Sichtbar sind vor allem die Effekte von institutioneller Diskriminierung, sei es durch strukturelle Benachteiligungen am Wohnungsmarkt oder im Bildungssystem. Das ist

auch das Besondere an diesem Fall, dass die unausgesprochenen und möglicherweise unbewussten Annahmen durch den Vermerk „leichter Zigeunereinschlag“ unmittelbar sichtbar geworden sind.



Als sich in den 50er Jahren die Sinti-Familie Weiß in Hameln niederließ, versuchte die Stadt Hameln zunächst beharrlich, sie wieder loszuwerden. Knapp 70 Jahre später haben es die Nachfahren der Familie schwer, in ihrer Heimatstadt Wohnungen zu finden. Der Oberbürgermeister hat sich bislang öffentlich nicht zu dem WGH-Fall geäußert. Was kann eine Kommune tun, wenn eine Bevölkerungsgruppe von immerhin einigen Hundert es in ihrer Stadt aufgrund von Vorurteilen schwieriger hat als andere, Wohnungen zu finden?

Schon 1980 berichtete die Dewezet über die Wohnungsnot von Sinti in Hameln. FOTO: ARCHIV

Die heutige Diskriminierung der Hamelner Sinti am Wohnungsmarkt, aber auch in anderen Bereichen, ist nur zu verstehen, wenn wir die Auswirkungen und Langzeitfolgen vergangener Diskriminierung zur Kenntnis nehmen. Dass sich der Oberbürgermeister zu dem jüngsten Fall noch nicht zu Wort gemeldet hat, das finde ich, vorsichtig formuliert, etwas irritierend. Es wäre wünschenswert, wenn die Politik klar Position bezieht, dass Hameln eine offene Stadt für alle sein soll, die dort leben. Das bedeutet auch Zugang zu adäquatem Wohnraum. Sinnvolle erste Schritte wären eine kritische Bestands-

aufnahme der institutionellen Diskriminierung von Sinti und Roma sowie der Austausch von Politik und Verwaltung mit den Betroffenen und ihren Verbänden, um gemeinsame Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Was können Politik, Vereine und Verbände tun, um Vorurteilen, wie sie in dem WGH-Fall zutage traten, entgegenzuwirken?

Um Vorurteilen entgegenzuwirken, die ja nicht immer die Ursache von Diskriminierung sein müssen, sollten den negativen Klischees über Sinti und Roma wirklichkeitsgerechtere und positive Gegenbilder entgegengesetzt werden. Dazu ist es auch auf kommunaler Ebene notwendig, dass Selbstorganisationen unterstützt und in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden, die sie betreffen. Der Antiziganismus ist ein Machtverhältnis, das

Sinti und Roma bis heute daran hindert, ihre Grund- und Menschenrechte wahrnehmen zu können. Gerade bei Roma und auch bei Sinti wird schnell das Urteil gefällt, dass sie irgendetwas auch ein bisschen selbst schuld an der Diskriminierung wären. Aber das entspricht einfach nicht der Wahrheit.

Die Sinti-Allianz verurteilte den WGH-Fall scharf. Im selben Atemzug versuchte sie, Vorurteile gegenüber Sinti dadurch zu erklären, dass nicht zwischen Sinti und erst in jüngerer Zeit zugezogenen Roma unterschieden werde. Letztere sorgten wie etwa 2018 in Duisburg für Negativschlagzeilen, die dann durch die Verwendung des von der Sinti-Allianz abgelehnten Begriffspaares „Sinti und Roma“ dazu führten, dass Sinti und Roma von der Mehrheitsgesellschaft über einen Kamm geschert würden und das in den

Medien negativ geprägte Bild von Roma auf die Sinti übertragen werde. Für diese Argumentation wurde in den sozialen Medien wiederum die Sinti-Allianz kritisiert, die damit Vorurteile gegen Roma schüre.

Das Dilemma entsteht zunächst aus einer mangelnden Sensibilität und Ignoranz von Seiten der Mehrheitsgesellschaft. Die Doppelbezeichnung Sinti und Roma hat sich im Zuge der Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma seit den 1980ern im öffentlichen Sprachgebrauch durchgesetzt. Dass viele Sinti großen Wert auf ihre kulturelle Identität legen, ist ihr gutes Recht. Und das Unbehagen, das sich in der Kritik der Sinti-Allianz ausdrückt, korrespondiert mit Ergebnissen, der von Ihnen angeführten Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Viele Befragte gaben an, dass sie die Selbstbezeichnung Sinti oder Roma zwar kennen würden, einen Unterschied zwischen beiden Gruppen machten die meisten aber nicht. Das zeigt, dass, auch wenn wir Fortschritte auf der symbolischen Ebene der Sprache gemacht haben, das alte Fremd- und Feindbild des „Zigeuners“ weiterhin am Leben ist. Wenn von unterschiedlicher Seite suggeriert wird, dass der Zuzug von Roma ursächlich verantwortlich für den weitverbreiteten Antiziganismus ist, dann muss ich vehement widersprechen. Im Gegenteil werden Herausforderungen, die sich mit dem Ankommen von Newcomern verbinden und verschärfen können, im Sinne einer bereits vorhandenen antiziganistischen Erzählung gedeutet. Es ist entscheidend, dass soziale Probleme nicht ethnisiert werden. Es sollte immer der einzelne Fall genau betrachtet werden, denn das soziale Handeln von Menschen ist nur aus einer konkreten Situation heraus verstehbar. Gerade auf kommunaler Ebene scheint mir das eine sinnvolle Strategie zu sein. Schließlich sind Sinti oder Roma so individuell und verschieden, wie alle anderen Menschen auch.

Interview: Philipp Killmann

➔ Das vollständige Interview lesen Sie auf dewezet.de.



„Dass sich der Oberbürgermeister zu dem jüngsten Fall noch nicht zu Wort gemeldet hat, das finde ich etwas irritierend.“

Tobias Neuburger
Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Tobias Neuburger: Vermutlich ist es nicht einfach ein Einzelfall, sondern nur die sichtbare Spitze eines viel größeren Eisbergs. Die Ablehnung von Sinti und Roma bleibt auf erschreckend hohem Niveau relativ stabil. Viel schwieriger als die Erhebung von Einstellungen gegenüber Sinti und Roma ist die Untersuchung der Mechanismen institutioneller Diskriminierung, die sich in Ungleichheitsstrukturen und Benachteiligung auch auf dem Wohnungsmarkt niederschlagen können. Dass Hamelner